

DOKUMENTATION

(der Bundesratsinitiative des Landes Schleswig-Holstein für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz, wie sie vom Kieler Justizminister Emil Schmalfuß am 29.11.2011 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) mit dem Ziel der Ergänzung eines § 25b – Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes vom.....2012

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Aufenthaltsgesetzes

Das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2011 (BGBl. I S. 1266) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

Nach der Angabe zu § 25a wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 25b Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration“.

2. Nach § 25a wird folgender § 25b eingefügt:

„§ 25b Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration

(1) Einem Ausländer kann abweichend von § 5 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn er sich nachhaltig in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland integriert hat. Das ist insbesondere der Fall, wenn er

1. sich seit mindestens acht Jahren oder, falls er zusammen mit einem minderjährigen ledigen Kind in häuslicher Gemeinschaft lebt, seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet aufgehalten hat,

2. seinen Unterhalt durch Erwerbstätigkeit sichern kann oder bei Betrachtung der bisherigen Schul-, Ausbildungs- oder Einkommenssituation erwarten lässt, dass er seinen Lebensunterhalt im Sinne von § 2 Absatz 3 sichern wird,

3. über hinreichende mündliche Deutschkenntnisse im Sinne der Stufe A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen verfügt,

4. bei Kindern im schulpflichtigen Alter deren tatsächlichen Schulbesuch nachweist und deren schulische und vorschulische Integration unterstützt,

5. sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt und über Grundkenntnisse der Rechts- und

Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet verfügt,

6. am sozialen Leben durch bürgerschaftliches Engagement partizipiert.

(2) Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 scheidet aus, wenn der Ausländer

1. die Abschiebung durch falsche Angaben, durch Täuschungen über die Identität oder Staatsangehörigkeit oder Nichterfüllung zumutbarer Anforderungen an die Mitwirkung bei der Beseitigung von Ausreisehindernissen verhindert oder verzögert,

2. Bezüge zu extremistischen oder terroristischen Organisationen hat oder

3. nicht straffrei geblieben ist; Verurteilungen wegen einer im Bundesgebiet begangenen vorsätzlichen Straftat können bei Geldstrafen von insgesamt bis zu 50 Tagessätzen oder bis zu 90 Tagessätzen wegen Straftaten, die nach dem Aufenthaltsgesetz oder dem Asylverfahrensgesetz nur von Ausländern begangen werden können, im Einzelfall außer Betracht bleiben.

(3) Von den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nummer 2 und 3 kann abgesehen werden, wenn der Ausländer sie wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit, einer Behinderung oder aus Altersgründen nicht erfüllen kann.

(4) Dem Ehegatten und minderjährigen ledigen Kindern, die mit einem Begünstigten nach Absatz 1 im Zeitpunkt der Erteilung in familiärer Lebensgemeinschaft leben, soll unter den Voraussetzungen des Absatz 1 Nummern 2 bis 6 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

(5) Die Aufenthaltserlaubnis wird für ein Jahr erteilt und berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Sie kann abweichend von § 10 Absatz 3 erteilt werden.

(6) Die Aufenthaltserlaubnis soll nach Ablauf des ersten Jahres um weitere zwei Jahre verlängert werden, wenn der Lebensunterhalt überwiegend gesichert war oder zu erwarten ist, dass der Lebensunterhalt zukünftig gesichert ist.

(7) Bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis kann zur Vermeidung von Härten von Absatz 6 abgewichen werden. Dies gilt bei

1. Auszubildenden in anerkannten Lehrberufen oder in staatlich geförderten Berufsvorbereitungsmaßnahmen,

2. minderjährigen Kindern, die nur vorübergehend auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind,

3. Alleinerziehenden mit Kindern, die vorübergehend auf Sozialleistungen angewiesen sind, und denen eine Arbeitsaufnahme nach § 10 Absatz 1 Nummer 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch nicht zumutbar ist,

4. erwerbsunfähigen Personen, deren Lebensunterhalt einschließlich einer erforderlichen Betreuung und Pflege in sonstiger Weise ohne Leistungen der öffentlichen Hand dauerhaft gesichert ist, es sei denn, die Leistungen beruhen auf Beitragszahlungen,

5. Personen, die zum Verlängerungszeitpunkt das 65. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie in ihrem Herkunftsland keine Familie, dafür aber im Bundesgebiet Angehörige (Kinder oder Enkel) mit dauerhaftem Aufenthalt bzw. deutscher Staatsangehörigkeit haben und soweit sichergestellt ist, dass für diesen Personenkreis keine Sozialleistungen in Anspruch genommen werden.“

3. In § 27 Absatz 2 wird nach der Angabe „9 c Satz 2,“ die Angabe „§ 25 b Absatz 4,“ eingefügt.

4. In § 29 Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „§§ 22, 23 Abs. 1 oder § 25 Abs. 3“ durch die Angabe „§§ 22, 23 Absatz 1, § 25 Absatz 3 oder § 25 b“ ersetzt.

5. In § 44 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe c werden hinter der Angabe „§ 25 Abs. 1 oder Abs. 2“ das Komma gestrichen und die Worte „oder bei nachhaltiger Integration nach § 25 b,“ angefügt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die vollständige Version der Gesetzesinitiative mit allen Erläuterungen und der Begründung steht im Internet:
www.landinsicht-sh.de/startseite.html#c338